

# Bericht aus dem Rathaus

# **DIE LINKE.**

S C H W E R I N

## November 2018

### Erneut Theater am Theater

Eigentlich sollten im Rahmen der November - Sonder-sitzung nur übrig gebliebene Anträge aus vorherge-henden Sitzungen abgearbeitet werden. Da zwischen-zeitlich jedoch alle Fraktionen ein erneuter Hilferuf aus der Belegschaft des Mecklenburgischen Staats-theaters erreichte, initiierte die Linksfraktion einen interfraktionellen Dringlichkeitsantrag.

Nachdem Anfang des Jahres bereits der so genannte „Maulkorberlass“ für Verstimmung gesorgt und dem Schweriner Theater bundesweit negative Schlagzeilen beschert hatte, ist nun erneut die Rede von einem vergifteten Betriebsklima. Die Art der Kommunikati-on, die Kündigung verdienter Mitarbeiter, aber auch die künstlerische Ausrichtung als „Event Bude“ statt als künstlerischer Leuchtturm im Nordosten, sorgen dafür, das die Belegschaft der Intendanz jegliches Vertrauen abspricht.

Dazu beigetragen haben dürfte, dass auch der Be-triebsrat als Sprachrohr der Belegschaft durch die Absage von Terminen für klärende Gespräche aktuell ausgebremst wird. Henning Foerster nahm dies zum Anlass, auf die Regelungen im Betriebsverfassungsge-

setz hinzuweisen. Dieses sehe vor, dass Betriebsrat und Arbeitgeber zum Wohle von Belegschaft und Be-trieb zusammenarbeiten, Meinungsverschiedenheiten sachorientiert ausdiskutieren und Lösungsvorschläge erörtern sollen. Marleen Janew als langjähriges Mit-glied des Aufsichtsrates machte noch einmal darauf aufmerksam, warum die Belegschaft der 100%-igen Anteilsübernahme durch das Land skeptisch entge-gen sehen. Ihnen fehle heute schon ein vertrauens-voller Ansprechpartner auf Landesebene. Zudem kri-tisierte sie erneut, dass sich der Aufsichtsrat bislang eher als Wirtschaftsprüfungsorgan verstehe und für ein Theater wichtige Themen, wie die künstlerische Ausrichtung oder das Betriebsklima kaum eine Rolle dort spielen würden.

Wenn man sich die Aussagen des Aufsichtsratsvorsit-zenden mal auf der Zunge zergehen lässt, der von der Be-legschaft mehr Beweglichkeit und Mut zur Veränderung forderte, kann man ob soviel Unsensibilität nur noch mit dem Kopf schütteln. Es gibt wohl kaum ein kommunales Unternehmen in Schwerin, welches in den letzten Jahren so vielen und so schmerzhaften Veränderungsprozessen unterworfen war, wie das Theater.

### Neues Leben im Fernsehturm

Zweifellos ist auch der Fernsehturm eigentlich ein lohnenswertes Ziel. Nach der Geschäftsaufgabe der letzten Gastronomen fristet er jedoch ein trauriges Dasein. Ohne Restaurant- und Cafebetrieb lässt sich jedoch auch die Aussichtsplattform nicht wirt-schaftlich betreiben. Gefordert sei da vor allem der Eigentümer Deutsche Funkturm Gesellschaft, zum Beispiel in Sachen energetische Sanierung, stellte Stefan Schmidt klar. Dennoch könne es nichts schaden, wenn sich auch der Oberbürgermeister stärker als in der Vergangenheit engagiere.

### Stadtfraktion empfangt norwegische Gäste

In der vergangenen Woche besuchte eine Delegation der norwegischen Linkspartei aus Fredriksstad die Lan-deshauptstadt Schwerin. Auf dem Besuchsprogramm stand unter anderem die historische Schleifmühle. Frak-tionschef Henning Foerster schilderte den Gästen die aktuellen Herausforderungen der Stadtpolitik. Einen Tag später besuchten die Skandinavier auch das Stadthaus, wo Anja Schwichtenberg sie in der Geschäftsstelle der Stadtfraktion empfing. Der begonnene Austausch soll fortgesetzt werden, denn man müsse gemeinsam stärker werden, so der einhellige Tenor.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter [www.die-linke-schwerin.de](http://www.die-linke-schwerin.de)

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

## **Das böse Wort von der Segregation**

Die letzten 30 Jahre seit der politischen Wende haben auch in Schwerin Spuren hinterlassen. Zwar hat sich auch in unserer Stadt städtebaulich vieles zum Positiven verändert, jedoch separieren sich arme und wohlhabende Bürgerinnen und Bürger immer stärker in bestimmten Stadtvierteln. Vor allem in den Großwohnsiedlungen, wie Mueßer Holz, Neu Zippendorf oder Lankow konzentrieren sich daher Probleme, wie Arbeitslosigkeit und Kinderarmut.

Nun lässt sich ein solcher Prozess nicht im Handumdrehen ins Gegenteil verkehren, anfangen muss man dennoch zügig. Erste Entscheidungen sind diesbezüglich getroffen und werden aktuell umgesetzt. So baut die Stadt eine neue KITA in der Gagarinstraße, an der Hamburger Allee entsteht ein neues Bürger- und Begegnungszentrum inklusive Außenstelle des Jobcenters und auch ein neuer Jugendclub soll schon bald das Licht der Welt erblicken. Neben diesen strukturpolitischen Entscheidungen braucht es jedoch auch wohnungspolitische. Daher haben LINKE, SPD und Grüne einen gemeinsamen Antrag in die Stadtvertretung eingebracht, der verschiedene Stellschrauben vorsieht.

Peter Brill begründete die Initiative. Zwei Vorschläge stammen auch aus seiner Feder. So soll die Richtlinie für die Kosten der Unterkunft, die den Rahmen für zulässigen Wohnraum bei Hartz IV und Grundversicherungsbeziehern bildet, überarbeitet werden. Die Möglichkeit anstelle eines stattweit definierten Maximalbetrages auch zwischen den Stadtteilen zu differenzieren, würde diesen Menschen auch die Chance auf eine Wohnung im innenstadtnahen Bereich eröffnen.

Darüber hinaus soll der kommunale Wohnungsbestand dauerhaft gesichert und schrittweise saniert werden. Und schließlich wird die Stadt beim Verkauf städtischen Eigentums zu Wohnzwecken, zum Beispiel Grundstücken, auch Vorgaben bezüglich des prozentualen Anteils an Wohnungen machen, der zu sozial verträglichen Preisen vermietet wird.

Die Kritik, dass insbesondere unter linken Baudezernenten in der Vergangenheit zu wenig für Familien getan worden sei, konterte Gerd Böttger. Er wies darauf hin, dass es seit Jahren einen Beschluss der Stadtvertretung gebe, der die Schaffung günstigen Baulands für Familien vorsehe. Bisher habe sich allerdings kein Investor für die Flächen auf dem ehemaligen BUGA Parkplatz gefunden.

## **Ortsbeiräte wollen ernst genommen werden**

Sie sind das politische Gremium, welches vermutlich am dichtesten an den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen dran ist.

Wenn es irgendwo in den Stadtteilen klemmt, sind sie die ersten, die angesprochen werden. Die Ortsbeiräte sind das Verbindungsglied zu Vertretung und Verwaltung. Sie geben Anregungen und Sorgen weiter, laden Experten zu Vor-Ort Terminen ein und erwarten folglich bei Anfragen kompetente und vor allem zeitnahe Antworten.

Hier gibt es in der Zusammenarbeit noch deutlich Luft nach oben, betonte Irina Micheilis. Wobei sie darauf hinwies, dass es durchaus auch themen- und personenabhängig sei, wie ernst man die Ortsbeiräte und ihre Themen tatsächlich nehme.

Die Verwaltung ist nun in der Pflicht, alle offenen Anfragen aufzulisten und die dazugehörigen Antworten zügig nachzuliefern.

## **Diskussionsbedarf zum Thema Schulsekretärinnen**

Die Arbeitszeiten von Schulsekretärinnen waren bereits 2016 auf Antrag von Linksfraktion und SPD Thema. Schon damals machte Fraktionschef Henning Foerster darauf aufmerksam, dass diese Kolleginnen nicht nur komplexe Anforderungen erfüllen, sondern zu den am häufigsten aufgesuchten Verwaltungsangestellten der Kommunen überhaupt zählen würden.

Sie seien Ansprechpartner für eine Vielzahl von Anliegen und müssten diese in einer nur begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit bewältigen. Dennoch gebe es kaum Vollzeitstellen, stattdessen sei bis heute eine Spektrum von 22 bis 30 Wochenstunden Standard.

Auch die zuständige Gewerkschaft ver.di sieht das Thema kritisch. Deren Fachgruppe Schulsekretärinnen weist seit langem darauf hin, dass es zwar Arbeit gebe, die kommunalen Schulträger die Stundenzahl mit Blick auf die angespannte Finanzlage jedoch häufig nicht aufstocken würden. Die Ausschüsse werden sich nun noch einmal mit dem Thema befassen.